



FÜNF PUNKTE GEGEN DEN STILLSTAND

Was Österreichs Industrie
von der Politik erwartet – und was
sie nicht akzeptieren wird.



**„MADE BY INDUSTRIE“
-CHALLENGE**
– jetzt mitmachen!

Seite 5



OBERÖSTERREICH
Strukturprobleme
bremsen Österreich

Seite 12

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

EU-INDIEN
Bedeutung für Handel
und Wachstum

Seite 2

EU – Indien: Strategische Bedeutung für Handel und Wachstum

Die EU und Indien verhandelten – inklusive einer neunjährigen Unterbrechung – seit 2007 ein Freihandelsabkommen. Nach fast 20 Jahren konnten die Gespräche nun Anfang dieses Jahres abgeschlossen werden. Parallel dazu werden Verhandlungen über ein EU-Indien-Investitionsschutzabkommen fortgeführt.

Indien ist mit rund 1,5 Milliarden Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Welt sowie (mit einem BIP-Wachstum von etwa 6–7 %) die viertgrößte Volkswirtschaft. Gemeinsam bilden die EU und Indien einen Markt von insgesamt zwei Milliarden Menschen und stehen für knapp ein Viertel des globalen BIP. Mit der Umsetzung des EU-Indien-Freihandelsabkommens entsteht somit die bisher größte abgeschlossene EU-Handelspartnerschaft.

Gerade angesichts einer volatilen geopolitischen Lage, der erratischen und protektionistischen US-Handelspolitik sowie konjunkturell herausfordernden Zeiten innerhalb Europas ist die Diversifizierung der europäischen Handelspartner wichtiger denn je. Der dynamische Wachstumsmarkt Indien spielt dabei aufgrund seiner wachsenden Bedeutung sowohl in der Weltwirtschaft als auch in der Geopolitik

eine entscheidende Rolle. Jetzt gilt es jedenfalls, die Chancen dieses Handelsabkommens raschestmöglich zu nutzen.

Was bringt das Abkommen?

Das Handelsabkommen sieht eine schrittweise Reduktion der teilweise sehr hohen indischen Zölle auf über 90 % der EU-Exporte vor, insbesondere für den Industriebereich, aber auch teilweise für landwirtschaftliche Güter. Weiters geht es unter anderem um bessere Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungen (etwa Finanzdienstleistungen) sowie auch Erleichterungen bei nicht tarifären Handelshemmnissen (etwa technischen Vorschriften).

Konkret ist im Automobilbereich eine schrittweise Senkung der Zölle von aktuell 110 % auf 10 % (im Rahmen jährlicher Zolltarifquoten) sowie der vollständige Abbau von Zöllen auf Autoteile nach fünf bis zehn Jahren ab Inkrafttreten des Abkommens vorgesehen. Auch in den für die österreichischen Exporteure weiteren wesentlichen Sektoren wie Maschinen, Chemikalien sowie Eisen und Stahl ist ein vollständiger Zollabbau im Lauf von bis zu zehn Jahren vorgesehen. Im Bereich Maschinen etwa erhebt Indien aktuelle Zölle von bis zu 44 %, bei Eisen und Stahl sind es aktuell bis zu 22 %.

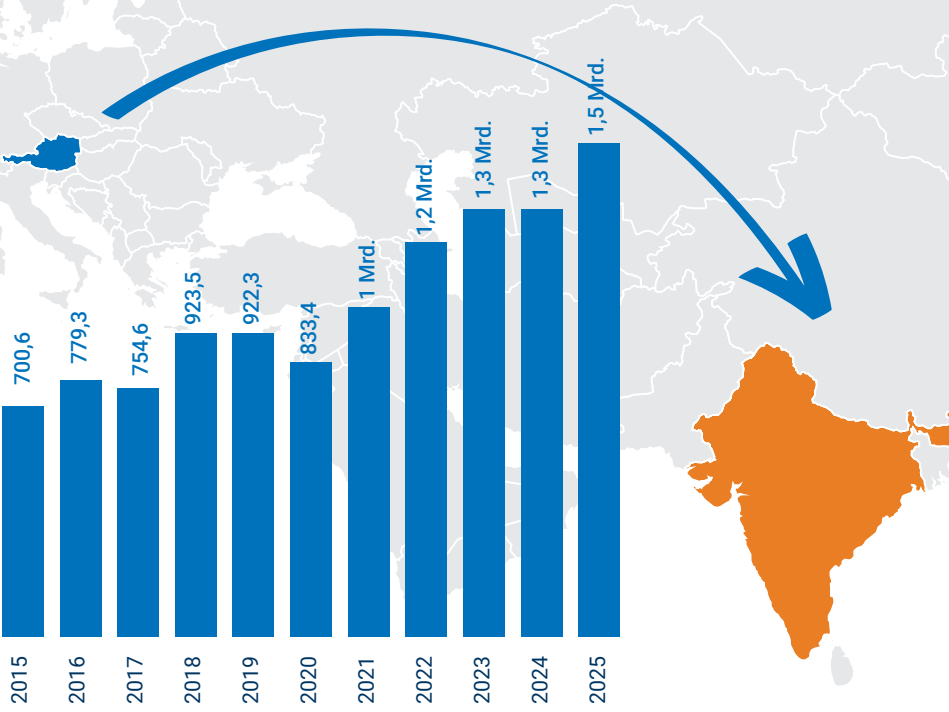
Der vereinbarte Zollabbau bringt EU-Exporteuren eine Ersparnis von ca. vier Milliarden Euro jährlich. Die österreichischen Ausfuhren nach Indien sind allein im vergangenen Jahr um knapp 14 % gestiegen. Studien prognostizieren eine

Schaffung von 5.000 neuen heimischen Industriearbeitsplätzen durch die Umsetzung des Freihandelsabkommens.

Wie geht es weiter?

Es liegt nun an den EU-Mitgliedstaaten, dem Abkommen zuzustimmen. Nach darauffolgender Unterzeichnung des Handelsabkommens durch die EU und Indien, grünem Licht des EU-Parlaments sowie auch der Ratifizierung durch Indien kann das Abkommen schlussendlich in Kraft treten.

Österreichs Exporte nach Indien
Exportvolumen in Mio. Euro



iv IV-STANDPUNKT
WACHSTUMSMARKT INDIEN

Hier geht es zum IV-Positionspapier „Wachstumsmarkt Indien“

Nachrufe

IV trauert um ehemaligen Generalsekretär Ceska

Der herausragende Diplomat und Interessenvertreter ist verstorben. Von 1992 bis 1997 wirkte er als Generalsekretär der Industriellenvereinigung.

Die Industriellenvereinigung zeigt sich vom Ableben von Botschafter Dr. Franz Ceska tief betroffen, der von 1992 bis 1997 als Generalsekretär der IV wirkte. In dieser Funktion prägte er die Interessenvertretung der österreichischen Industrie durch strategischen Weitblick, internationale Erfahrung und hohe persönliche Integrität. Seine Tätigkeit fiel in eine Phase tiefgreifender wirtschaftlicher und europapolitischer Veränderungen – insbesondere der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ist hier zu nennen –, die er maßgeblich mitgestaltete.

Ceska blickte auf eine außergewöhnliche diplomatische Laufbahn zurück, die ihn unter anderem als Botschafter nach Brüssel und Paris sowie als Ständige Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen nach Genf führte. Die Industriellenvereinigung würdigt ihn als Brückenbauer zwischen Wirtschaft, Politik und internationaler Diplomatie.

Die Industriellenvereinigung spricht der Familie, seinen engen Wegbegleitern sowie Freunden in dieser schweren Stunde ihr tiefes Mitgefühl aus.

IV tief betroffen vom Ableben des ehemaligen Vizepräsidenten Welser

Ein Unternehmer und Industrievertreter mit Handschlagqualität – Welser leistete als IV-Vizepräsident einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Industriestandorts.

Die Industriellenvereinigung zeigt sich angesichts des Ablebens des Industriellen Wolfgang Welser tief betroffen. Welser war über Jahrzehnte eine prägende Unternehmerpersönlichkeit und leistete – neben seinen mannigfaltigen Tätigkeiten als Obmann der Bundessparte Industrie und im Fachverband der Metalltechnischen Industrie in der WKO – als Vizepräsident der Industriellenvereinigung und Aufsichtsrat der ÖIAG einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Industriestandorts Österreich.

Mit seinem unternehmerischen Weitblick, seinem Verantwortungsbewusstsein und seiner Handschlagqualität genoss Wolfgang Welser hohe Anerkennung weit über die Industrie hinaus. Sein Wirken hat die Industriellenvereinigung wie auch die österreichische Wirtschaft nachhaltig geprägt.

Die Industriellenvereinigung spricht der Familie, seinen engen Wegbegleitern sowie Freunden in dieser schweren Stunde ihre tief empfundene Anteilnahme aus.

Neue Steuern sind das Gegenteil von Standortpolitik!

Wir fordern von der Bundesregierung eine echte Strukturreformagenda – keine Budgetsanierung auf dem Rücken der Leistungsträger!



Anfang Juli soll das nächste Doppelbudget stehen und die Verhandlungen dazu laufen auf Hochtouren. Budgetkonsolidierung ist notwendig, daran besteht kein Zweifel. Die entscheidende Frage aber ist: auf welchem Weg? Wer glaubt, ein strukturelles Ausgabenproblem lasse sich durch neue Einnahmen lösen, zieht die falsche Lehre aus Jahrzehnten verfehlter Fiskalpolitik. Die Versuchung ist verständlich: Eine neue Steuer lässt sich schneller beschließen als eine echte Verwaltungs- oder Gesundheitsreform. Aber sie ist trügerisch: Denn was kurzfristig wie Budgetsanierung aussieht, schädigt den Standort nachhaltig und langfristig. Österreichs Unternehmen brauchen



keine neuen Belastungen – sie brauchen Entlastung: bei den Lohnnebenkosten, bei der Energiebesteuerung, bei den bürokratischen Lasten.

Stattdessen erleben wir das Gegenteil: eine politische Debatte, die immer wieder in dieselbe Richtung kippt. Mehr Steuern. Neue Steuern. Kreativere Steuern. Allen voran die SPÖ und die Grünen, die die Erbschafts- und Vermögensteuer zum Dauerthema erhoben haben – als würde die Lösung für Österreichs Budgetprobleme in den Verlassenschaften hart arbeitender Familien liegen. Diese politische Logik ist nicht nur wirtschaftlich falsch, sie ist auch sozial ungerecht. Was als „Reichensteuer“ vermarktet wird, trifft in der Realität vor allem Eigenheimbesitzer, Familienbetriebe und landwirtschaftliche Höfe. Vermögen in Österreich besteht eben nicht überwiegend aus Wertpapierdepots, sondern aus gebundenem Eigentum: Maschinen, Gebäude, bebautes Land – Werte, die nicht an der Börse verfügbar sind, aber Arbeitsplätze sichern und Generationen tragen.

Die Industriellenvereinigung hat diesen gefährlichen Irrweg klar benannt und ist aktiv dagegen eingetreten: Was SPÖ und Grüne als Gerechtigkeitsprojekt inszenieren, ist in Wahrheit eine Todessteuer auf Lebenswerke. Sie greift ausgerechnet in dem Moment, in dem Familien Verlust verarbeiten und Verantwortung übergeben: wenn ein Unternehmen auf die nächste Generation übergeht, wenn ein Hof weitergeführt werden soll, wenn das Lebenswerk der Eltern nicht verkauft, sondern bewahrt werden soll. Wenn im Übergabemoment plötzlich hohe Steuern fällig werden, entsteht Liquiditätsdruck. Das kann Investitionen gefährden oder Betriebe zu Verkäufen zwingen. Das ist kein abstraktes Schreckgespenst – das ist betriebswirtschaftliche Realität in Tausenden österreichischen Familienunternehmen.

Das eigentliche Problem wird durch alle diese Steuerdebatten systematisch verschleiert: Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Bereits 51 Prozent der Wirtschaftsleistung fließen an den Staat. Kein

Land der Welt hat sich mit immer höheren Steuern aus einer Wachstumschwäche herausgesteuert. Was Österreich braucht, ist eine konsequente Strukturreformagenda: eine Reform des Sozialsystems, eine Effizienzoffensive im öffentlichen Bereich, ein klares Bekenntnis zu Ausgabendisziplin. Das ist politisch mühsamer als eine neue Steuer. Aber es ist der einzige Weg, der Standort, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig sichert.

Wir fordern von der Bundesregierung keine Budgetsanierung auf dem Rücken der Leistungsträger und Familien – wir fordern eine echte Strukturreformagenda. Österreich kann es sich nicht leisten, weiter zu warten.

Ihr

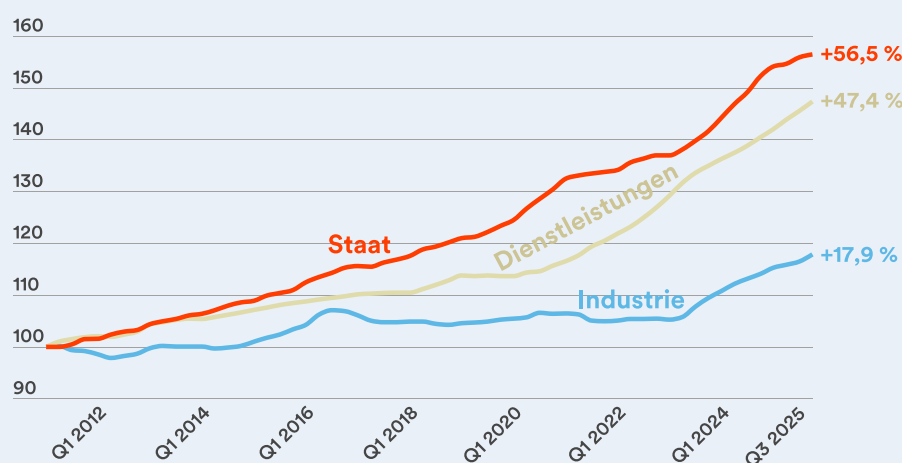
Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Industrie als Preisdämpfer in Österreich: Die österreichische Industrie wirkt seit 2010 als wichtiger Preisdämpfer für die gesamte Wirtschaft. Während die Verbraucherpreise im Branchendurchschnitt um knapp 46 % gestiegen sind, legten die Preise in der Industrie nur um rund 18 % zu. Das liegt vor allem an deutlich höheren Produktivitätszuwächsen und am intensiven globalen Wettbewerb, der es den Unternehmen nur begrenzt erlaubt, Lohnkostensteigerungen an Konsumenten weiterzugeben. Die Industriepreise wurden dadurch bis zum Beginn der Energiepreiskrise stabil gehalten – im Gegensatz zu personalintensiven Dienstleistungsbranchen (+47,4 %) und dem staatsnahen Sektor (+56,5 %).

Staat wird schneller teurer als Industrie

Preisanstieg ausgewählter Branchen, gleitender Vier-Quartale-Durchschnitt (Index: Q4 2010 = 100)



Zahl des Monats

29,4 Stunden pro Woche

Obwohl 2025 um rund 750.000 Personen mehr erwerbstätig waren als vor 20 Jahren (+20,1 %), hat sich das Arbeitsvolumen, also die Gesamtsumme der tatsächlich in einem Jahr geleisteten Arbeitsstunden, kaum verändert – es ist laut Statistik Austria um 2,1 % auf 6,89 Mrd. Stunden im Jahr 2025 gestiegen. Die Ursachen liegen in einer deutlichen Ausweitung der Teilzeit und einem gleichzeitigen Rückgang der Überstunden. In der Folge sank die durchschnittliche tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit seit 2005 um 5,3 Stunden auf 29,4 Stunden.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: „iv-positionen“ erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, IV-Burgenland / AdobeStock, IV-Kärnten / Helge Bauer, IV-NÖ, IV-OÖ / Fiskalrat, IV-Salzburg / Gorbach/LLB. IV-Steiermark / Foto Fischer, IV-Tirol / Max Kloger, IV-Vorarlberg, IV-Wien / Markus Prantl

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Gas-Energie-Info-Point: Der Gasmarkt gerät zusätzlich unter Druck

Die IV informierte ihre Mitglieder in einem Info-Point-Format über die aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten und bot einen Ausblick auf unterschiedliche Szenarien.

Vor dem Hintergrund des Iran-Kriegs und der daraus folgenden Verwerfungen auf den Energiemärkten fand am 11. März der 11. virtuelle IV-Gas-Energie-Info-Point statt. Ziel dieses IV-Formats ist es, kurzfristig, aktuell, kompakt und profund die relevanten Informationen niederschwellig für die IV-Mitgliedsunternehmen bereitzustellen.

Auch dieses Mal machten rund 270 Teilnehmer von diesem Angebot Gebrauch und waren zugeschaltet. Unter der Leitung von IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren standen die Fragen im Mittelpunkt, inwiefern die geopolitischen Spannungen und eine weitere Eskalation im Nahen Osten den europäischen Gasmarkt zusätzlich unter Druck setzen und welche Folgen daraus für die Versorgungssicherheit, die Preisentwicklung und den Industriestandort Österreich erwachsen.

Benedikt Ennser (BMWET) und Johannes Mayer (E-Control) beleuchteten insbesondere die Situation in Österreich und Europa, wo der Großhandelspreis für Gas zuletzt bei rund 50 Euro pro Megawattstunde lag. Dieses Preisniveau liegt bei etwa dem Fünf- bis Sechsfachen des US-Niveaus und damit

nochmals deutlich über dem bereits infolge des Ukrainekriegs angehobenen Preisniveau. Die hohen Gaspreise haben nicht nur Auswirkungen auf die direkten Gasverbraucher (insbesondere der energieintensiven Industrie), sondern wirken sich auch auf die Stromkosten aus und erhöhen damit den Kostendruck für alle produzierenden Unternehmen.

Dabei verfügt Österreich bei einem Jahresverbrauch von rund 80 Terawattstunden über gut ausgebaute Import- und

Transportkapazitäten, womit die Versorgungssicherheit gewährleistet sein sollte. Der aktuelle Speicherstand liegt jedoch deutlich unter dem Niveau der vergangenen Jahre, was verstärkte Anstrengungen hinsichtlich der kommenden Wintersaison erfordern wird. Für Unternehmen besteht nach wie vor die Möglichkeit der Eigenvorsorge in Form der Einspeicherung von Gasmengen, die im Falle der Energielenkung nicht angegriffen werden. Immerhin sind bislang mehr als 2,2 TWh in dieser Art eingespeichert.

Im Hinblick auf die Lage rund um die Straße von Hormus machte Johannes Benigni (JBC Vienna GmbH) deutlich, wie stark eine weitere Eskalation die angespannte Situation verschärfen könnte. Die erste und aktuelle Eskalationsstufe wäre demnach die Schließung der Straße von Hormus, die noch immer relativ rasch wieder aufgehoben werden könnte; mit überschaubaren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft.

Als eine zweite Eskalationsstufe wären hingegen weitergehende wechselseitige Angriffe auf die allgemeine Energieinfrastruktur der Region zu sehen. In einem solchen Szenario drohen zusätzliche Verwerfungen insbesondere bei Ölprodukten, Diesel und Flugtreibstoff – Verwerfungen, die aufgrund der Zerstörungen auch nach einem Ende der Kampfhandlungen noch längere Zeit fortwirken. Zusammenfassend verursachen die aktuellen Auseinandersetzungen gestiegene Transport- und Versicherungskosten sowie einen verschärften Wettbewerb um LNG und damit einen absehbar weiterhin erhöhten Preisdruck. Vor diesem Hintergrund sind rasche und entschlossene Maßnahmen zur Absicherung einer sicheren, diversifizierten und leistbaren Gasversorgung unbedingt erforderlich.



Der Gas-Energie-Info-Point fand im Haus der Industrie statt.

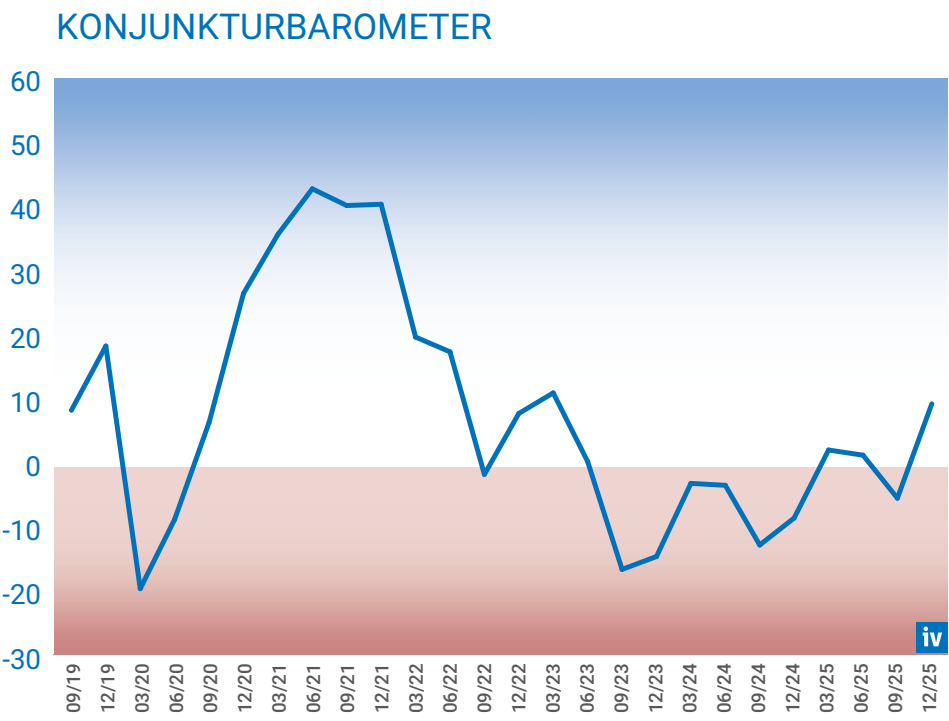
IV-Konjunkturbarometer: Am Anfang eines flachen Erholungspfads

Die Indikatoren des IV-Konjunkturbarometers signalisieren eine vorsichtige Trendwende, die durch den Iran-Krieg unter Druck gerät. Die Nachhaltigkeit der Erholung ist von Reformfortschritten, Investitionen und Wachstumsmärkten abhängig.

Die längste Rezession der jüngeren österreichischen Wirtschaftsgeschichte ist vorüber. Nach drei Jahren einer zunächst schrumpfenden und dann stagnierenden Wirtschaftsleistung ist für das laufende Jahr 2026 eine leichte Erholung zu erwarten. Allerdings partizipieren die einzelnen Sektoren und Branchen der österreichischen Wirtschaft in ausgeprägt unterschiedlichem Ausmaß daran. Dies hat zur Folge, dass die Zunahme der Wirtschaftsleistung voraussichtlich schwächer als während aller früheren Expansionsphasen ausfallen wird. Durch die Verwerfungen aufgrund des Iran-Kriegs gerät die Erholungsperspektive jedoch unter starken Druck. Positiv verstärkt werden würde sie wiederum von einem Ende des Kriegs in der Ukraine.

Entscheidend für den weiteren Konjunkturverlauf wird sein, ob die europäische

und die österreichische Wirtschaftspolitik in der Lage sind, standortfreundliche Reformschritte zu setzen und dabei auch vor tiefgreifenden Reformen nicht zurückzuschrecken. „Im Rahmen der Industriestrategie wurden erste Schritte zur Kostenentlastung gesetzt, etwa durch den Industriestrompreis und die Verlängerung des Strompreiskosten-Ausgleichsgesetzes (SAG); auch ein klares Bekenntnis zum Abbau bürokratischer Belastungen ist positiv. Darüber hinaus braucht es aber auch Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, die praxistauglich ausgestaltet werden, etwa durch erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten sowie eine Vollabschreibung für Investitionen. Um die Eigenkapitalbasis zu stärken, bedürfte es Maßnahmen wie der steuerlichen Besserstellung nicht entnommener Gewinne oder einer Eigenkapitalverzinsung als fiktiver Abschreibung“, betont Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär.



„Made by Industrie“-Challenge: Jetzt mitmachen!

Mit der Bewusstseinskampagne „Made by Industrie“ rückt die Industriellenvereinigung 2026 gemeinsam mit heimischen Top-Unternehmen die zentrale Bedeutung der Industrie für Österreich in den Fokus. In den kommenden Monaten rollt nicht nur eine „Made by Industrie“-Lok der ÖBB im regulären Bahnverkehr durchs ganze Land, auch Industriebetriebe

in ganz Österreich machen mit und rücken ihre Leistungen im Zuge der Kampagne ins Rampenlicht. Auf LinkedIn hat sich dazu eine Challenge entwickelt, an der bereits Unternehmen wie KEBA, A1 Telekom Austria, Miba, Lindner Traktoren, Unger Stahl, Post AG, Email Austria AG, Welser Profile u. v. m. teilgenommen haben. Machen auch Sie mit Ihrem Unternehmen mit und zeigen Sie, was die Industrie in Österreich leistet!



JETZT MITMACHEN!

Mehr Informationen zu „Made by Industrie“:
madebyindustrie.at

Wenn Sie mit Ihrem Unternehmen mitmachen wollen, melden Sie sich bei:
simon.slowik@iv.at



Expertenmeinung von KARL FUCHS

Pensionsreform von unten

Das Vertrauen in die staatliche Pension sinkt und insbesondere bei Jüngeren steigt die Relevanz von Wertpapieren als Altersvorsorge.

Politische Persönlichkeiten werden dafür gewählt, voranzugehen und Dinge anzustoßen, die sich sonst niemand zutraut. In kaum einer politischen Antrittsrede fehlt der Hinweis, auch Unpopuläres zum langfristigen Wohl der Schutzbefohlenen angehen zu wollen. Blickt man auf die österreichische Realität, verkommt diese hehre Vorstellung freilich zu grauer Theorie. Stichwort „grau“: Eine überfällige Pensionsreform wird seit mittlerweile Jahrzehnten regierungsübergreifend vermieden. Die aktuelle Koalition verordnete dem auf den Eisberg zusteuernden Pensionstanker bloß eine kaum merkbare Kurskorrektur. Und selbst dieses zarte Eingreifen löste innerhalb mancher Regierungsfraktion Rumoren aus.

We, the People

Das einzig Tröstliche: Die von der Politik so gefürchtete Wählerschaft scheint in Sachen Pensionen das Heft selbst in

die Hand zu nehmen. Das zeigt das von Meinungsforscher Peter Hajek (im Auftrag von Wiener Börse, Aktienforum und IV) erhobene „Aktienbarometer“ sehr eindrücklich. Die diesjährige Sonderauswertung zur Pensionsvorsorge fördert nämlich Erstaunliches zutage: Während über die Gesamtbevölkerung gesehen nur mehr 39 % „sehr“ oder „eher“ starkes Vertrauen in ein Ausreichen der staatlichen Pension haben, geben 58 % der Befragten zu Protokoll, „eher wenig“ oder „überhaupt kein“ Vertrauen mehr zu haben.

Beim Lamento über die bestehenden Verhältnisse bleibt es gerade bei den jüngeren Schichten allerdings nicht. Sie sind sich der Notwendigkeit, selbst aktiv zu werden, durchaus bewusst. Im „Aktienbarometer“ wurde auch die Wichtigkeit von Wertpapieren für die Pensionsvorsorge erhoben, und siehe da: Während wenig überraschend nur jeder fünfte aktuelle

Pensionist (20 %) findet, dass Wertpapiere für die eigene Pension Relevanz haben, sind es bei den 30- bis 59-Jährigen schon mehr als doppelt so viele (42 %).

Die richtige Richtung

Unter den 16- bis 29-Jährigen erreicht die Zustimmung zur Wichtigkeit einer zusätzlichen Pensionsvorsorge dann eine absolute Mehrheit (55 %). IV-Generalsekretär Christoph Neumayer sagt dazu: „Die Bevölkerung ist weiter als die Politik. Die politischen Rahmenbedingungen hierzulande sind im Vergleich etwa zu skandinavischen Ländern aber dramatisch unterentwickelt. Das muss sich ändern.“ Für Aktienforum-Präsidentin Angelika Sommer-Hemetsberger wäre der Ausbau der zweiten und dritten Säule eine doppelt gute Nachricht für den Staat: „Damit wird das System nicht nur tragfähiger und gewinnt wieder an Vertrauen – der Staatshaushalt wird auch



Karl Fuchs, Geschäftsführer Aktienforum

entlastet und kann sich stärker Zukunftsinvestitionen widmen.“

Generell ist der für österreichische Verhältnisse durchaus Boom zu nennende Trend zum Kapitalmarkt ungebrochen: Waren vor rund zehn Jahren nur rund 10 % der Österreicherinnen und Österreicher investiert, hat sich diese Zahl 2026 auf 31 % mehr als verdreifacht. Das ist ein neuer Spitzenwert; fast jeder Dritte im Land hat bereits Wertpapiere.

Im Ranking der Motive führt der „langfristige Vermögensaufbau“, den 81 % der Befragten anführen. Auf Platz zwei folgt das Argument des „Werterhalts“ angesichts der Inflationssituation (76 %). Stark aufgeholt hat aber eben auch der Gedanke der „Pensionsvorsorge“ – mit 62 %.

FÜNF PUNKTE GEGEN DEN STILLSTAND

WAS ÖSTERREICHS INDUSTRIE VON DER POLITIK ERWARTET – UND WAS SIE NICHT AKZEPTIEREN WIRD.

Der Wirtschaftsstandort steht an einem Scheideweg. Nach Rezession und Stagnation zeichnet sich eine zarte Erholung ab, doch sie ist fragil, steht durch externe Entwicklungen wie den Krieg im Iran unter Druck und könnte durch falsche Weichenstellungen rasch wieder verspielt werden. Die Industriellenvereinigung hat ihre fünf Prioritäten für das Jahr 2026 definiert. Sie sind zugleich ein Programm und eine Warnung.

Die Zahlen lassen wenig Spielraum für Euphorie: Nach drei Jahren Schrumpfung bzw. Stagnation ist für 2026 zwar eine leichte konjunkturelle Erholung zu erwarten, doch die Dynamik bleibt schwach und sektoral sehr unterschiedlich verteilt. Viele Frühindikatoren zeigen nach oben – überschreiten jedoch nur teilweise die Nulllinie. Von einem breiten Aufschwung zu sprechen wäre verfrüht. Hinzu kommen neue geopolitische Unsicherheiten, die das zarte Wachstum gefährden. Genau in dieser Situation stehen die Budgetverhandlungen der Bundesregierung an, deren Ergebnis – ein Doppelbudget für 2027/28 – bis Anfang Juli feststehen soll. Für den Präsidenten der Industriellenvereinigung (IV), Georg Knill, ist klar: „Was in diesen Wochen entschieden wird, prägt den Standort weit über die Legislaturperiode hinaus. Bei der Budgetkonsolidierung müssen die Ausgaben im Fokus stehen, um Spielräume für die dringend benötigte Sanierung des Wirtschaftsstandorts zu schaffen.“

Punkt 2: Kosten senken

Arbeitskosten, Energiepreise und Bürokratie belasten die österreichische Industrie massiv und beeinträchtigen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten. Die IV fordert hier konkretes Handeln auf drei Ebenen: eine stufenweise Senkung der Lohnnebenkosten – konkret zumindest eine Entlastung beim Familienlastenausgleichsfonds um 3,7 Prozent –, Energiepreise auf europäischem Wettbewerbsniveau sowie einen konsequenten Bürokratieabbau. Die ersten 113 identifizierten Entlastungsmaßnahmen müssten rasch umgesetzt werden; weitere seien notwendig, besonders im Bereich des Kapitalmarkts und des Steuerrechts. Besonders sensibel sieht die IV die bevorstehende Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie und des Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes: Hier müsse zumindest jegliches Goldplating vermieden werden, wenn man nicht ohnehin die Einführung verschiebt. Diesbezüglich gibt es auf europäischer Ebene Initiativen („Stop the clock“).

Punkt 1: Rasche Umsetzung der Industriestrategie

Einen ersten wichtigen Schritt sieht die IV in der von der Regierung vorgelegten Industriestrategie 2035. Das klare Bekenntnis zum Industriestandort Österreich, der Fokus auf Forschung, Innovation, Energie und Fachkräfte sowie die 117 angekündigten Maßnahmen werden grundsätzlich begrüßt. „Das langfristige Ziel, Österreich wieder unter die Top Ten der führenden Industrienationen zu bringen, ist eine wichtige strategische Positionierung. Doch der Erfolg hängt von der konkreten Ausgestaltung ab – und der raschen Umsetzung. Für uns ist die Industriestrategie ein Pflichtenheft“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Die IV hat dafür ein eigenes Industriestrategiebarometer ins Leben gerufen, das Transparenz über den Umsetzungsfortschritt schaffen und die Verbindlichkeit der Maßnahmen stärken soll. Zur Strategie gehören ein Industriestrompreis ab 2027, die Verlängerung des Stromkostenzuschusses sowie eine Schlüsseltechnologie-Offensive mit einem Volumen von 2,6 Milliarden Euro. Was fehlt: konkrete erste Schritte bei der Senkung der Lohnnebenkosten und Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Kapitalmarkts.

WEBTIPP:
Zum Industriestrategiebarometer der IV:
www.industriestrategiebarometer.at

Punkt 3: Investitionsanreize statt Hemmnisse

Die Investitionstätigkeit der Industrie bleibt verhalten. Es dominieren Ersatz- und Transformationsinvestitionen in Digitalisierung und Energiewende, während Kapazitätserweiterungen und neue Produktionsaufbauten ausbleiben. Ohne stärkere Investitionsdynamik bleibe die Erholung strukturell anfällig, warnt die IV. Ihr Rezept: gezielte steuerliche Investitionsanreize durch erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten. Eine temporäre oder dauerhafte Vollabschreibung für Zukunftsinvestitionen, etwa in Digitalisierung, Energieeffizienz, Dekarbonisierung oder Schlüsseltechnologien, würde die Liquiditätsbelastung senken und sofortige Anreize setzen. Hinzu kommt die Forderung nach einer steuerlichen Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapital über einen fiktiven Eigenkapitalzinsabzug. Dies würde die Krisenresilienz stärken und die Finanzierung von Wachstums- und Innovationsprojekten erleichtern.

Punkt 4: Keine neuen Steuern

Besonders vehement positioniert sich die IV gegen die immer wieder aufflammende Debatte über neue Steuern sowie Vermögens- und Erbschaftssteuern – zuletzt durch Grüne und auf dem SPÖ-Parteitag erneut prominent diskutiert. Die Zahlen, die die IV ins Feld führt, sind eindeutig: Österreich weist mit einer Staatseinnahmenquote von 51,4 Prozent des BIP bereits den vierthöchsten Wert in der gesamten EU auf – bis 2030 soll dieser Wert auf 52,2 Prozent steigen, den zweithöchsten Wert überhaupt.

Kapitaleinkünfte, Immobiliengewinne und Kursgewinne unterliegen in Österreich bereits einer umfassenden Besteuerung. Viele dieser Steuern wurden in den vergangenen Jahren eingeführt oder erhöht. Zusätzliche Vermögens- oder Erbschaftssteuern würden daher eine Doppel- bzw. Mehrfachbelastung bereits versteuerter Substanz bedeuten. „Neue Substanzsteuern trafen vorrangig den Mittelstand – eigentümergeführte Familienbetriebe, Betriebe mit betriebsgebundenem Eigenkapital. Also genau jene, die investieren, Wertschöpfung schaffen und Arbeitsplätze sichern. Für Österreich wäre das fatal“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.



Ein Frühjahr der Entscheidungen

Die fünf Prioritäten der Industriellenvereinigung für das Frühjahr 2026 sind kein Wunschzettel – sie sind eine wirtschaftspolitische Agenda, die in direktem Zusammenhang mit den anstehenden Budgetverhandlungen steht. Die Frage, ob Österreich seinen strukturellen Konsolidierungspfad über Reformen oder über neue Steuern beschreitet, wird in den kommenden Wochen beantwortet. Für Neumayer und Knill ist die Antwort längst gegeben: „Wer den Standort stärken will, muss entlasten, investieren und reformieren – nicht belasten, verwalten und vertagen.“

Punkt 5: Das eigentliche Konsolidierungsprogramm

Die fünfte und vielleicht grundlegendste Forderung der IV zielt auf das, was in der politischen Debatte oft zu kurz kommt: Österreich hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Staatsausgabenquote liegt bei 55,2 Prozent des BIP – der dritthöchste Wert in der EU; und rund 30 Milliarden Euro mehr pro Jahr als der EU-Durchschnitt. Laut Berechnungen von EcoAustria bestehen Effizienzpotenziale von bis zu 14 Milliarden Euro allein durch Reformen in Verwaltung, Bildung, Gesundheit und beim Finanzausgleich. Das Pensionssystem steht dabei besonders im Fokus: Die demografische Entwicklung lässt die Pensionszuschüsse explodieren und verdrängt damit Zukunftsinvestitionen aus dem Budget. Die IV fordert, das faktische und das gesetzliche Pensionsalter anzuheben, Frühpensionen zu begrenzen und das System insgesamt an die gestiegene Lebenserwartung anzupassen.

DIE ANGEWANDTE FORSCHUNG IM FOKUS

Mitte Februar wurde der FTI-Pakt für die Jahre 2027–2029 im Ministerrat beschlossen. Mit einer Dotierung von 5,5 Mrd. Euro ist eine stabile Forschungsfinanzierung gesichert. Die angewandte Forschung steht dennoch vor Herausforderungen.

Die IV hat sich in den letzten Monaten konsequent gegen vorgeschlagene Kürzungen im Bereich der angewandten und wirtschaftsnahen Forschung eingesetzt. Nach intensiven Diskussionen und Verhandlungen und starkem Einsatz des Wirtschaftsministeriums ist es letztlich gelungen, eine nominelle Stabilisierung der Budgets für die angewandte Forschung zu erzielen und insbesondere im Bereich des Wirtschaftsministeriums zusätzliche Mittel i. H. v. 76,6 Millionen Euro für 2026, begleitend zum FTI-Pakt, bereitzustellen. Gerade die angewandte Forschung ist wesentlich, um gute Ideen in funktionierende Produkte und Dienstleistungen weiterzuentwickeln – und sie damit in echte Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze zu übersetzen.

Insgesamt zeigt der Pakt im Gesamtbudget in der Höhe von 5,5 Milliarden Euro eine Erhöhung gegenüber dem FTI-Pakt 2024–26, die insbesondere auf eine Steigerung im Bereich der wettbewerblichen Grundlagenforschung (+450 Millionen Euro) zurückzuführen ist.

Die enormen technologischen Herausforderungen und das globale Rennen um die Entwicklung der besten Zukunftstechnologien erfordern eine Stärkung der angewandten Forschung, die Voraussetzung ist, um Ideen aus der Grundlagenforschung erfolgreich in unternehmerische Praxis umzusetzen und damit neue Jobs zu schaffen. Durch die Reduktion weiterer FTI-Budgets (Fonds Zukunft Österreich, Klima- und Energiefonds) ist jedoch zu befürchten, dass die angewandte Forschung und damit Investitionen in Zukunftstechnologien weiter unter Druck kommen und in der Folge auch deren Markteinführung erschwert wird. Es besteht erhebliche Sorge, wie sich die gesamte Situation konkret auf Einrichtungen und Agenturen des Pakts auswirken wird – insbesondere auf die für die Unternehmen wichtige FFG als zentrale Agentur für angewandte und wirtschaftsnahen Forschung.

Umso mehr ist nun rasch die im Regierungsprogramm festgehaltene, aber wei-

terhin ausständige Sicherung und der Ausbau des Fonds Zukunft Österreich auf 200 Millionen Euro pro Jahr rasch umzusetzen. Die IV fordert für 2026 zumindest eine Übergangslösung, die maßgeblich für den angewandten Forschungsbereich genutzt werden muss. Aktuell wird für 2026 eine Ausschüttung von rund 75 Millionen Euro erwartet.

Die im Regierungsprogramm und der Industriestrategie verankerte Erreichung der Forschungsquote von über vier Prozent bis 2030 braucht entschlossenes Handeln, damit auch die wichtigen Ziele der FTI-Strategie 2030 konsequent verfolgt werden. Private Investitionen in FTI – immerhin zwei Drittel der gesamten Forschungsausgaben – brauchen weiterhin Anreize durch einen konsequenten Wachstumskurs der öffentlichen Mittel. Investitionen in exzellente Forschung und Innovationskraft brauchen nachhaltige Planungs- und Finanzierungspfade und sind die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit von Wissenschaft und Wirtschaft.

Einen wesentlichen Rahmen des FTI-Pakts bildet die Schlüsseltechnologieoffensive mit definierten Schlüsseltechnologie- und Stärkefeldern, die auch ein zentrales Kernstück der Industriestrategie darstellen.

Wichtig ist – neben einer Fokussierung auf definierte Schlüsseltechnologie- und Stärkefelder – auch themenoffene, flexible und agile Formate für die Umsetzung von Forschung und Entwicklung zu Schlüsseltechnologien und eingeschlagenen Transformationswegen der Unternehmen klar zu sichern. Ein Förder-Euro löst in diesem Bereich im Schnitt 2,6 Euro an zusätzlichen F&E-Investitionen der Unternehmen aus und führt im Mittel zu 8,6 Euro an Umsatz.

WEBTIPP:

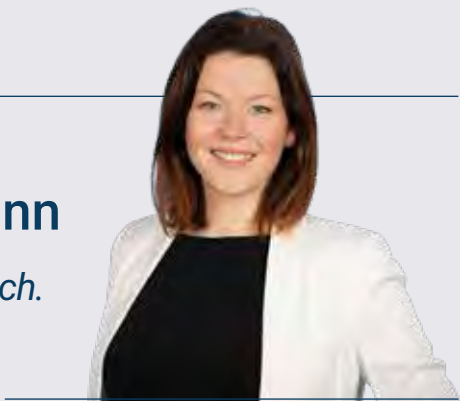
Der FTI-Pakt
2027–2029



Expertinnenmeinung von MARINA WITTNER

Österreich leistet sich ein Problem, das es sich nicht leisten kann

Die Zahl der Jugendlichen, die weder in Ausbildung sind noch einen Job haben, steigt in Österreich. Zum demografischen Timing könnte das kaum schlechter passen.



Marina Wittner, IV-Expertin für Bildung und Gesellschaft.

Jeder achte Jugendliche in Österreich zwischen 15 und 24 Jahren ist derzeit weder in Ausbildung noch in Arbeit, insgesamt 121.930 sogenannte NEETs (Not in Employment, Education or Training). Diese Zahl, von der Statistik Austria erhoben, ist zuletzt wieder gestiegen; und das, obwohl seit 2017 eine Ausbildungspflicht bis 18 gilt.

Im EU-Vergleich liegt Österreich mit einer NEET-Quote von rund 13 Prozent weit über den Benchmarks der europäischen Musterschüler: Die

Niederlande kommen auf 3,6 Prozent, Dänemark und die Schweiz liegen ähnlich niedrig. Diese Länder investieren in frühe Sprachförderung, gezielte Bildungs- und Berufsorientierung und individuelle Förderung. Zum demografischen Timing könnte der Trend kaum schlechter passen: Angesichts einer schrumpfenden jungen Bevölkerung und gleichzeitig zunehmender Alterung wird jeder einzelne Jugendliche für den Arbeitsmarkt und Wirtschaft und Industrie wichtiger. Dennoch lassen wir ein Potenzial von 13 Prozent einer ganzen

Generation ungenützt. Wirtschaftlich ist das schlicht irrational.

Die 2017 eingeführte Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sollte eigentlich verhindern, dass Jugendliche ohne Qualifikation bleiben. Doch die NEET-Zahlen zeigen, dass diese Maßnahme allein nicht ausreicht. Die Industriellenvereinigung fordert daher mit Vehemenz Maßnahmen, die früher ansetzen: hochwertige Sprachbildung bereits im Kindergarten sowie eine Bildungspflicht von der 1. bis zur 8. Schulstufe. Diese soll sicherstellen, dass alle

Jugendlichen nachweislich die Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch erreichen. Zudem sollen die Jugendlichen mit der Entwicklung eines Stärkenportfolios ihre individuellen Stärken und Interessen erkennen, um den richtigen Bildungsweg zu wählen. Die Sprachförderung und die Bildungspflicht stehen bereits im Regierungsprogramm – Letztere allerdings unter Budgetvorbehalt.

Aktuelles in Kürze

MINT-Regionen: Mitwirken und Zukunft gestalten

Österreichweit bündeln bereits knapp 1.000 Organisationen – darunter über 200 Unternehmen – ihre Kräfte, um Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu forcieren. Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Vereine sowie Städte und Gemeinden haben sich in 28 regionalen Netzwerken zusammen-

geschlossen, um MINT zur gemeinsamen Mission nach innen und zum regionalen Standortthema nach außen zu machen. MINT wird dadurch entlang der ganzen Bildungskette hands-on und in unterschiedlichen Kontexten authentisch erlebbar, im Kindergarten ebenso wie im Technologieunternehmen. Die Initiative wird von BMFWF, BMB, IV, OeAD,

MINTality Stiftung und der aws getragen und soll dazu beitragen, den Mangel an Innovationsnachwuchs zu lindern und Wissenschaftsskepsis abzubauen. Ausgezeichnete MINT-Regionen erhalten Unterstützung beim Aufbau ihrer Netzwerke und haben die Chance auf monetäre Projektförderung aus den Mitteln des Fonds Zukunft Österreich.

JETZT BEWERBEN!

Bewerbungen als zukünftige MINT-Regionen oder Rezertifizierungen sind bis 29. Mai möglich:
www.mint-regionen.at

Gründungspreis PHÖNIX 2025 zeichnet Innovatoren aus

Am 12. März prämierten Wissenschaftsministerin Eva-Maria Holzleitner und Startup-Staatssekretärin Elisabeth Zehetner innovative Gründerinnen und Gründer aus Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit dem Gründungspreis PHÖNIX 2025. Der PHÖNIX wird vom Wissenschafts- und vom Wirtschaftsministerium vergeben und von Austria Wirtschaftsservice (aws) in Kooperation mit der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und der Industriellenvereinigung organisiert.

IV-Generalsekretär Christoph Neumayer hebt die wichtige Rolle der Hochschulen für den zukünftigen Wohlstand hervor: „Die Wettbewerbsfähigkeit des



österreichischen Wirtschaftsstandorts und damit der Wohlstand stehen auf dem Spiel. Innovationen aus der Grundlagenforschung müssen den Weg in die Anwendung finden und zu österreichischer Wertschöpfung führen. Die Universitäten leisten einen wichtigen Beitrag, wenn sie weiter verstärkt auf Exzellenz, Leistungsorientierung und Wissenstransfer setzen. Dazu gehört die Forcierung strategischer Partnerschaften zwischen Hochschulen und Industrie. Zentral ist, dass unsere Universitäten und Fachhochschulen ihre Profile schärfen und Zukunftskompetenzen in allen Studienangeboten vermitteln. Wir müssen die Anzahl der MINT-Absolventen erhöhen und Frauen in MINT-Fächern mehr Chancen eröffnen.“

„Zukunft.Frauen“: Industrie, Innovation und verantwortungsvolle Führung

Beim Netzwerkfrühstück des „Zukunft.Frauen Alumnae Club“ am 26. Februar in der Industriellenvereinigung begrüßte Vorstandsvorsitzende Karen Fanto die Gäste zu einem inspirierenden Austausch über die Rolle der Industrie und die Stärkung des heimischen Wirt-

schaftsstandorts. Claudia Mischensky, Vize-Generalsekretärin der IV und Landesgeschäftsführerin der IV-Kärnten, sprach mit weiblichen Führungskräften über die wichtigsten Schritte zurück zu einem wettbewerbsfähigen Österreich. Im Gespräch wurde klar: Die Industrie

bleibt mit hoher Wertschöpfung, starker Spezialisierung und innovativen Hidden Champions ein entscheidender Motor des Landes. Der Vormittag zeigte einmal mehr, dass nachhaltige Veränderung im Dialog entsteht und starke Netzwerke Frauen sichtbar machen und stärken.



Junge Industrie wählt Eduard Fröschl zum neuen Bundesvorsitzenden

Nach ihrer Amtszeit übergibt Julia Aichhorn die Führung der Jungen Industrie an ein neu aufgestelltes Bundesvorsitzteam.

Ende Februar wurde Eduard Fröschl einstimmig zum neuen JI-Bundesvorsitzenden gewählt. Der 32-jährige Tiroler Unternehmer folgt damit auf Julia Aichhorn, die die Organisation in den vergangenen Jahren geprägt und wichtige Impulse für ihre Weiterentwicklung gesetzt hat.

Während ihrer Amtszeit hat Aichhorn vor allem den persönlichen Austausch innerhalb der Jungen Industrie gestärkt – neue Bundesveranstaltungen und zahlreiche Netzwerkformate brachten Mitglieder aus ganz Österreich zusammen; internationale Initiativen wie die Delegationsreise zur Weltausstellung EXPO in Osaka eröffneten darüber hinaus neue Perspektiven und erweiterten den Blick über die Grenzen Österreichs hinaus.

Zudem wurde die Außenkommunikation der Jungen Industrie weiterentwickelt; digitale Kanäle wurden gezielt ausgebaut, um die Anliegen der Nachwuchsorganisation sichtbarer zu machen und den Austausch innerhalb des Netzwerks zu intensivieren. „Ich bin sehr dankbar für das Vertrauen und die Zeit als Bundesvorsitzende der JI. Es hat richtig Spaß gemacht und wir haben gemeinsam an vielen wichtigen Themen gearbeitet“, zieht Aichhorn eine positive Bilanz ihrer Amtszeit.

Mit Fröschl übernimmt nun ein Unternehmer den Vorsitz, der sich bereits seit vielen Jahren sowohl auf Bundesebene als auch in Tirol für die JI engagiert hat. Künftig möchte er die Organisation sowohl als Netzwerkplattform weiterentwickeln als auch ihre Position im wirtschaftspolitischen Diskurs schärfen. Unterstützt wird er dabei von seinen Stellvertretern Lennart Braun aus Oberösterreich und Maximilian Nimmervoll aus Wien.

Im Rahmen einer Klausur des Bundesvorstands wurden zuletzt die inhaltlichen Schwerpunkte für die kommende Funktionsperiode festgelegt. Diese Themenfelder stehen dabei besonders im Fokus: eine rasche Pensionsreform, echter Bürokratieabbau, eine Steuerpolitik, die Leistung belohnt, sowie ein positives und zukunftsorientiertes Bild Europas.

Darüber hinaus möchte Fröschl den Austausch mit den jungen Sozialpartnern neu beleben und den Dialog über zentrale Fragen des Wirtschaftsstandorts stärken. „Ich will ein Vertreter der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer in Österreich sein, der sich für die Interessen der kommenden Generationen einsetzt“, so Fröschl zu seinem Amtsantritt.

Aufbauend auf den erfolgreichen Formaten der vergangenen Jahre soll künftig auch die inhaltliche Arbeit der Jungen Industrie weiter ausgebaut werden. Ziel ist es, die Perspektiven der jungen Generation in wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse einzubringen und zentrale Zukunftsfragen des Standorts aktiv mitzugestalten.



Julia Aichhorn übergibt den Bundesvorsitz der Jungen Industrie an Eduard Fröschl.



V.l.n.r.: Lennart Braun, Eduard Fröschl, Franziska Sumberaz und Maximilian Nimmervoll.



VERANTWORTUNG FÜR DIE NÄCHSTE GENERATION

Mit dem Wechsel an der Spitze der Jungen Industrie beginnt ein neues Kapitel für unsere Organisation. Bevor wir nach vorne blicken, möchte ich mich jedoch zuerst bei meiner Vorgängerin Julia Aichhorn bedanken. Sie hat die Junge Industrie in den vergangenen Jahren mit großem Engagement geprägt, neue Formate aufgebaut und den Austausch innerhalb der JI spürbar gestärkt. Auf diesem starken Fundament dürfen wir nun weiterarbeiten.

Der Blick nach vorne zeigt leider klar, dass Wirtschaft und Standort vor großen Herausforderungen stehen – internationale Konkurrenz, technologischer Wandel und zunehmender Wettbewerbsdruck stellen Unternehmen ebenso vor neue Aufgaben wie die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich.

Gerade deshalb braucht es eine klare Stimme der jungen Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern. Viele Entscheidungen, die heute getroffen werden, wirken weit in die Zukunft. Die Frage der Generationengerechtigkeit wird daher zu einer der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Es geht darum, dass wirtschaftliche Stärke, soziale Systeme und Chancen auch für kommende Generationen tragfähig bleiben.

Die Junge Industrie versteht sich als Plattform für junge Verantwortungstragende aus der Industrie, die ihre Perspektiven aktiv in diese Diskussion einbringen wollen. Dabei ist mir besonders wichtig, den Dialog zu stärken, sowohl innerhalb der JI als auch mit den jungen Sozialpartnern. Viele Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam lösen.

Darüber hinaus möchte ich alle Mitglieder der Jungen Industrie einladen, sich aktiv einzubringen. Gute Ideen, neue Perspektiven und konstruktiver Austausch sind die Grundlage dafür, dass wir als Organisation Wirkung entfalten können. Wer Anregungen oder Themen hat, kann sich jederzeit gerne direkt bei mir melden.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit unserer engagierten Vereinigung und darauf, gemeinsam an Lösungen für die Zukunft unseres Standorts zu arbeiten. Denn nur gemeinsam können wir alles daran setzen, schnell zu reagieren und den drohenden Wohlstandsverlust unserer Gesellschaft zu verhindern, bevor er Realität wird.

Eduard Fröschl,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



STAR TRUCK – neuer MINT-Leuchtturm in Oberösterreich

Mit dem STAR TRUCK bringt Oberösterreich MINT-Begeisterung direkt zu jungen Menschen im ganzen Land. Insgesamt werden in den kommenden fünf Jahren rund zehn Millionen Euro investiert, um Technik und Innovation erlebbar zu machen. Die mobile Initiative wurde maßgeblich von der IV-OÖ unterstützt.

Mit dem offiziellen Start des STAR TRUCK ist in Oberösterreich ein Projekt auf den Weg gebracht worden, das weit über klassische Berufsorientierung oder Technikinitiativen hinausgeht: Der zweigeschossige Hightech-Truck wird künftig bis zu 200 Tage pro Jahr im ganzen Bundesland unterwegs sein und Zukunftstechnologien direkt zu den Schülern bringen. „Um die Fachkräfte von morgen zu sichern, darf man nicht erst beim Einstieg in den Arbeitsmarkt beginnen, sondern muss bei der frühzeitigen Begeisterung für Technik bei Kindern und Jugendlichen ansetzen“, betont IV-OÖ-Präsident Thomas Bründl. „Mit dem STAR TRUCK bekommt

MINT ein Gesicht; er wird enorm zur Steigerung der Attraktivität von MINT-Ausbildungen und MINT-Berufen beitragen.“ Die technologische Transformation verändert unsere Welt in atemberaubendem Tempo. Die Zukunft des Industrielands Oberösterreich hängt davon ab, wie diese Transformation erfolgreich mitgestaltet wird. Die wichtigste Voraussetzung dafür sind junge Menschen, die mit Begeisterung neue Technologien und neues Wissen entwickeln und einsetzen können. Hochwertige MINT-Ausbildungen auf allen Ausbildungsebenen bekommen daher eine noch größere Bedeutung. Die IV-OÖ hat sich von Anfang an intensiv dafür einge-

setzt, den STAR TRUCK in Oberösterreich zu realisieren und mit modernsten Technologieinstallationen auszustatten. „Der STAR TRUCK ist der neue Leuchtturm in der oberösterreichischen Bildungs- und Berufsorientierungslandschaft, der es möglich macht, Technologie und Zukunftsberufe in einer völlig neuartigen Weise direkt zu den Jugendlichen zu bringen und Innovationskraft erlebbar zu machen“, so Bründl. Als sichtbares Herzstück der Initiative „Join MINT – More Innovation Needs Talents“ bringt der STAR TRUCK Technologie dorthin, wo Bildungs- und Berufsentscheidungen entstehen. Jugendliche erleben interaktive Anwendungen und Workshops

zu Robotik, Green Steel, Logistiksystemen, Medizintechnologie, künstlicher Intelligenz oder der Zukunft der Mobilität. Im Zentrum steht das Prinzip der Selbstwirksamkeit – also nicht nur informiert zu werden, sondern aktiv auszuprobieren, zu verstehen und zu hinterfragen. Der STAR TRUCK steht damit für mehr als ein mobiles Bildungsangebot. Er ist ein langfristiges Standortprojekt, getragen von Wirtschaft, Bildung und Interessenvertretungen – und ein sichtbares Zeichen dafür, dass Oberösterreich die Zukunft der Industrie aktiv gestalten will. MINT ist dabei nicht Nebenschauplatz, sondern strategischer Kern.



AMS-Landesgeschäftsführerin Iris Schmidt (Bildmitte) hat als Initiatorin wesentlichen Anteil am Erfolg des Projekts STAR TRUCK.



WEBTIPP
Alle Infos finden Sie unter:

Strukturprobleme bremsen Österreich

Fiskalratspräsident Christoph Badelt analysierte bei der Vorstandssitzung der IV-OÖ am 3. März die wirtschaftliche Lage Österreichs. Die Konjunktur zeigte zuletzt zwar erste leichte Erholungstendenzen, doch strukturelle Schwächen, steigende Staatsausgaben und der demografische Wandel setzen den Standort weiterhin unter Druck.

Die wirtschaftliche Lage zeigt erste Anzeichen einer vorsichtigen Stabilisierung, bleibt aber uneinheitlich. Während sich einige Konjunkturindikatoren zuletzt verbessert haben, ist die Situation insbesondere in der Industrie weiterhin angespannt. Gerade dieser Sektor war von der jüngsten Rezession besonders stark betroffen. Gleichzeitig nimmt die Unsicherheit wieder zu – unter anderem durch geopolitische Spannungen und den Krieg im Iran, der bereits zu steigenden Öl- und Gaspreisen geführt hat.

Die aktuelle Schwächephase sei keine gewöhnliche Rezession gewesen, betonte Badelt. Vielmehr handle es sich um eine Kombination aus konjunkturellen und strukturellen Problemen. Während sich die konjunkturellen Faktoren langsam verbessern, bleiben die strukturellen Herausforderungen bestehen. Dazu zählen hohe Lohnstückkosten, steigende Energiekosten, zunehmender Wettbewerbsdruck aus China sowie eine schwache Unternehmensdynamik. Auch das Arbeitskräfteangebot gerät durch den demografischen Wandel zunehmend unter Druck. Diese Faktoren beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und führen zu einem Rückgang der österreichischen Warenexportanteile am Weltmarkt.

Im internationalen Vergleich zeigt sich zudem eine wachsende wirtschaftliche Divergenz. Laut WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2025 wird für Deutschland

und den Euroraum ein deutlich schwächeres Wachstum erwartet als für die USA oder die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten. Für Österreich prognostiziert das WIFO lediglich ein moderates Wachstum von rund 1,2 Prozent im Jahr 2026 und etwa 1,4 Prozent im Jahr 2027. Gleichzeitig bestehen erhebliche Prognoserisiken, etwa durch geopolitische Konflikte, Veränderungen bei Konsum und Sparquote oder eine unberechenbare US-Handelspolitik.

Auch strukturelle Entwicklungen am Arbeitsmarkt spielen eine Rolle. Die Beschäftigung ist seit 1995 kontinuierlich gestiegen, allerdings hat sich das Wachstum in den vergangenen Jahren deutlich verlangsamt. Gleichzeitig sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit pro Beschäftigtenverhältnis seit Mitte der 1990er-Jahre kontinuierlich. Diese Entwicklung trägt dazu bei, dass das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum schwach bleibt.

Bei der Inflation zeichnet sich zwar eine Entspannung ab, doch auch hier bleibt die Entwicklung unsicher. Die Teuerungsrate ist von 2025 auf 2026 deutlich gesunken, unter anderem durch den statistischen Wegfall der Strompreisbremse. Steigende Energiepreise könnten jedoch kurzfristig wieder zusätzlichen Inflationsdruck erzeugen.

Ein zentraler Teil von Badelts Analyse betraf die öffentlichen Finanzen. Die Kombination aus wirtschaftlicher Schwächephase und einer expansiven Ausgabenpolitik der ver-



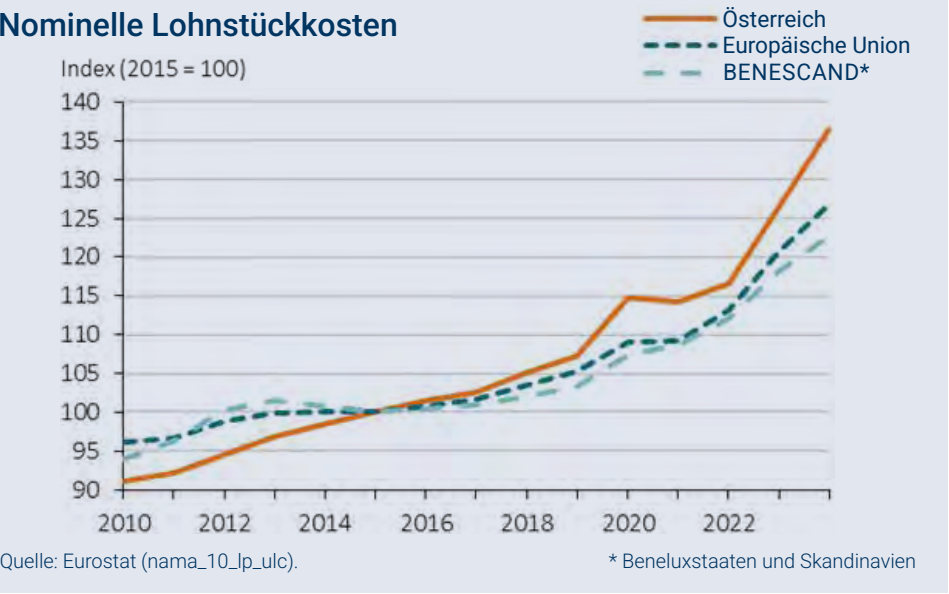
gangenen Jahre belastet die Staatsfinanzen erheblich. Maßnahmen wie Covid-Hilfen, Teuerungsentlastungspakete und die ökosoziale Steuerreform wirken weiterhin nach.

Aktuell liegt die Staatsausgabenquote bei rund 56 Prozent des BIP, während die Einnahmenquote etwa 52 Prozent beträgt. Trotz eingeleiteter Konsolidierungsmaßnahmen stehen diese laut Badelt in keinem Verhältnis zu den zuvor aufgebauten budgetären Belastungen. Daher sei fraglich, ob Österreich das laufende EU-Defizitverfahren bis 2028 tatsächlich beenden könne. Auch die Staatsschuldenquote liegt mittlerweile über 80 Prozent des BIP und steigt weiter.

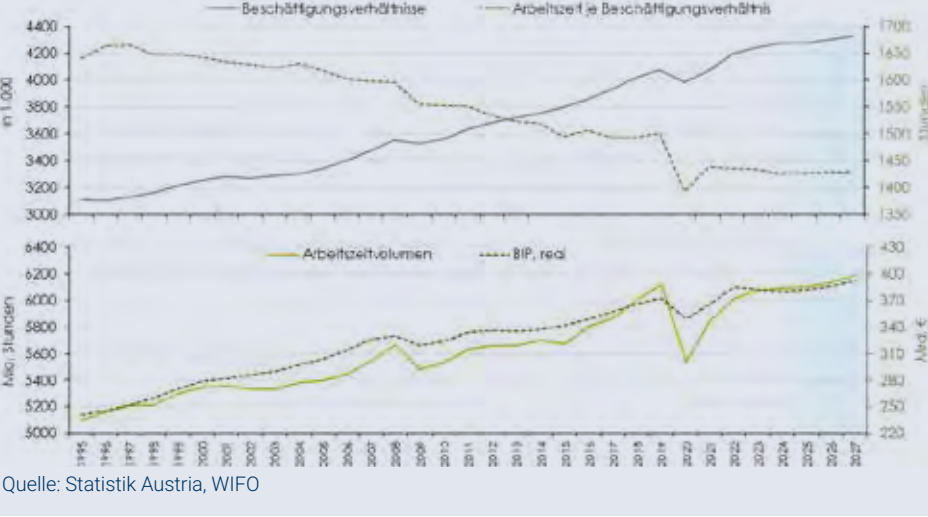
Langfristig verschärft der demografische Wandel die Budgetlage zusätzlich: Prognosen zeigen deutlich steigende altersbedingte Staatsausgaben, insbesondere für Pensionen, Gesundheit und Pflege. Ohne strukturelle Reformen wird sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter öffnen.

Badelt sieht daher dringenden Reformbedarf. Die Budgetkonsolidierung müsse auf allen Ebenen des Staates vorangetrieben werden, also auch bei Ländern und Gemeinden. Gleichzeitig seien strukturelle Reformen etwa im Pensionssystem, im Gesundheitswesen sowie im Förder- und Subventionssystem notwendig.

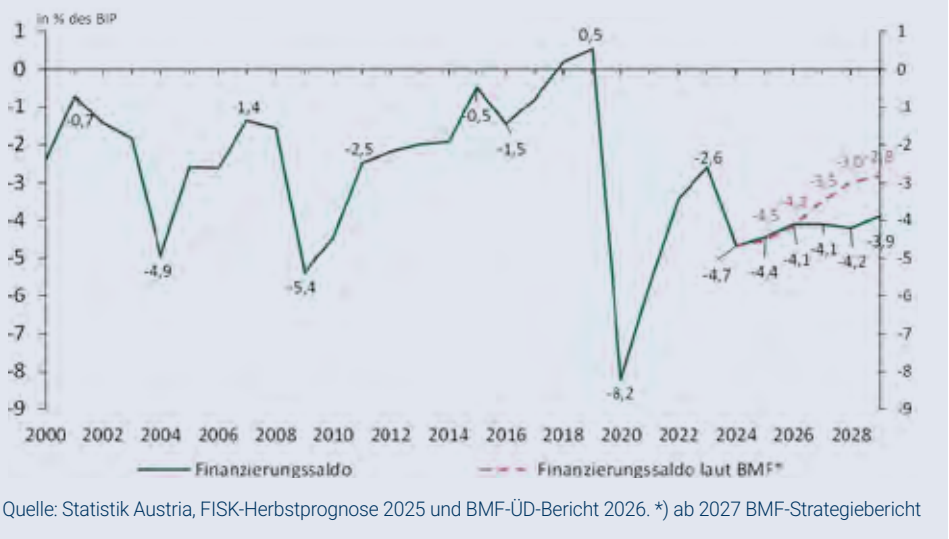
Nominelle Lohnstückkosten



WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2025 Beschäftigung (VGR)



Maastricht-Defizit weiter deutlich über 3%-Obergrenze



Schuldenquote steigt ungebrochen weiter

